



#TARIFRUNDE 2023 #TARIFPOLITIK #DB #NE-BAHNEN #BUS 07. Februar 2023

Tarifrunde 2023: EVG fordert 12 %, mindestens aber 650 Euro mehr im Monat

Die EVG geht mit einer selbstbewussten Forderung in die Tarifrunde 2023. "Wir fordern 12 Prozent, mindestens aber 650 Euro mehr im Monat, in allen rund 50 Unternehmen, in denen wir ab dem 28.2.2023 verhandeln. Das haben unsere Tarifkommissionen am Dienstag einstimmig so entschieden", erklärten die beiden EVG-Tarifvorstände, Cosima Ingenschay und Kristian Loroch, in Fulda. Für die Nachwuchskräfte werden 325 Euro mehr im Monat gefordert.



"Wir halten diese Forderung für mehr als gerechtfertigt. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr nicht weniger verdienen als im vergangenen. Angesichts enorm gestiegener Energieund Lebenshaltungskosten muss die Lohnerhöhung deutlich ausfallen. Das haben unsere Mitglieder immer wieder sehr eindrücklich erklärt", stellte

Cosima Ingenschay fest. Dabei gehe es der EVG vor allem darum, die unteren Lohngruppen in den Betrieben zu stärken; die soziale Komponente von 650 Euro mehr im Monat sei vor diesem Hintergrund ein sehr deutliches Signal.

"Es wird nicht einfach werden, aber es muss uns gelingen, die Berufe im Bereich von Bus und Bahn innerhalb unseres Organisationsgebiets wieder deutlich attraktiver zu gestalten. Die Fluktuation ist erschreckend, das hat auch etwas mit der Bezahlung zu tun. Wenn es nicht gelingt, schnellstmöglich eine Vielzahl an neuen Beschäftigten zu gewinnen, werden in Zukunft noch mehr Züge ausfallen. Das kann nicht im Interesse der Unternehmen sein, vor allem aber nicht im Interesse der Fahrgäste. Deshalb müssen die Löhne rauf - und zwar deutlich", so Kristian Loroch.

"Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in der vorangegangenen Tarifrunde, mit einem Lohnplus von 1,5 Prozent, deutliche Zurückhaltung geübt haben. Dass es Nachholbedarf geben wird, haben wir immer deutlich gemacht. Hinzu kommt, dass Inflation nach wie vor hoch ist; bei den Verbraucherpreisen ist noch lange keine Entspannung in Sicht. Deshalb ist unsere Forderung einfach nur notwendig, um den Beschäftigten bei Bus und Bahn das Notwendigste zum Leben zu ermöglichen", stellte Cosima Ingenschay fest.

Downloads



Aushang

(PDF, 809.00 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)
(/fileadmin/user_upload/23-02-07Aushang_Forderungsbeschluss.pdf)